

5122a. Krebsregistergesetz (KreReG)

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015
Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Krebsregistergesetz (KreReG)
(vom ...)

Der Kantonsrat,
nach Einsichtnahme in den Antrag des
Regierungsrates vom 27. August 2014,
beschliesst:

I. Es wird folgendes Gesetz erlassen:

Minderheit Willy Haderer, Hansruedi
Bär, Ruth Frei, Walter Isliker

I. Die Vorlage wird an den Regierungsrat
mit dem Auftrag zurückgewiesen, dem
Kantonsrat eine Vorlage zur Änderung
des Gesundheitsgesetzes wie nachfol-
gend beschrieben vorzulegen.

Begründung: Der Vorschlag des Regie-
rungsrates entspricht mehr einer Rege-
lung als Verordnung und ist als Gesetz
ungeeignet. Fast alle aufgeführten §§
sind bereits in folgenden Gesetzen gere-
gelt:

- Gesundheitsgesetz
- Patientengesetz
- Datenschutzgesetz
- Archivgesetz
- Bundesrechtliche Vorschriften

Der vorliegende Gesetzesentwurf nur aus
Sicht des Datenschutzes ist unverhält-
nismässig und würde dazu führen, für

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

alle evtl. zu Forschungs- und Präventi-
onszwecken nötigen Dokumentationen je
eigene Gesetze zu formulieren. Dies
würde die freie Forschung in vielen Be-
reichen behindern oder sogar verunmög-
lichen. Dies mit gravierenden Folgen für
eine effiziente Prävention.

Vorschlag

Das Gesundheitsgesetz (GesG) vom 2. April
2007 wird wie folgt geändert:

§ 13a. ¹ Der Regierungsrat ist berechtigt, mit
geeigneten Institutionen zu Forschungs- und
Präventionszwecken Register, im Sinne des
bereits bestehenden Krebsregisters, über
besonders häufige und die allgemeine
Gesundheit der Bevölkerung beeinträchti-
genden Krankheiten zu erstellen.

² Personen und Institutionen des Gesund-
heitswesens sowie Gemeindegliederregister
sind verpflichtet, dem Krebsregister
die benötigten Daten zur Verfügung zu stel-
len.

³ Persönliche Daten sind unter Zustimmung
des Patienten zu erheben, zu bearbeiten
und im Krebsregister zu verarbeiten.

⁴ Das Register soll für öffentliche Informa-
tionen nur nicht personalisierte Daten ent-

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015
Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Zweck des Krebsregisters

§ 1. ¹ Der Kanton führt zur laufenden Erfassung und Auswertung der in der Bevölkerung auftretenden Krebserkrankungen ein Register (Krebsregister).

² Die Auswertung der registrierten Daten dient

- a. der laufenden Überwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung in Bezug auf Krebserkrankungen,
- b. der Ermittlung von Krebsursachen und Risikofaktoren,
- c. der Verbesserung von Krebsbehandlungen,
- d. der Evaluierung präventiver Massnahmen zur Verhinderung von

halten. Die für die Bearbeitung nötigen personalisierten Daten sind nach Gebrauch zu vernichten oder zu löschen.

⁵ Datenschutzmassnahmen sind in der Bearbeitung und Verwendung gemäss der einschlägigen Gesetzgebung und allfälligen Bundesgesetzgebungen einzuhalten.

⁶ Der Regierungsrat legt die Bereiche und verantwortlichen Stellen fest, welche (entsprechend des heutigen Krebsregisters) zur Führung eines Registers berechtigen.

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Krebserkrankungen.

³ Als Krebserkrankung gelten Tumorerkrankungen gemäss der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erlassenen internationalen Klassifikation der Krankheiten für die Onkologie in der jeweils geltenden Fassung.

Registerstelle

§ 2. ¹ Der Regierungsrat überträgt die Führung des Krebsregisters dem Universitätsspital Zürich oder der Universität Zürich (Registerstelle).

² Die Registerstelle erfüllt die ihr nach diesem Gesetz und die dem Kanton vom Bund übertragenen Aufgaben im Bereich der Krebsregistrierung.

³ Die für das Gesundheitswesen zuständige Direktion des Regierungsrates (Direktion) kann der Registerstelle Weisungen und Aufträge erteilen.

⁴ Der Kanton leistet der Registerstelle

Minderheit Markus Schaaf, Linda Camenisch, Astrid Furrer, Lorenz Schmid

¹ Der Regierungsrat bezeichnet den Betreiber des kantonalen Krebsregisters. Er kann einer kantonalen Dienststelle (oder einem privaten Dienstleister) die Führung der Registrierstelle übertragen.

**Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014**

**Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015**
Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

einen Kostenanteil von 100% der für die Erfüllung ihrer Aufgaben anrechenbaren Aufwendungen. Von diesen werden Drittmittel abgezogen, die der Registerstelle für die Aufgabenerfüllung zur Verfügung gestellt werden.

Daten des Krebsregisters

§ 3. ¹ Im Krebsregister werden folgende Daten von Personen geführt, bei denen eine Krebserkrankung diagnostiziert worden ist (betroffene Personen) und die im Kanton Wohnsitz haben:

- a. Personalien:
 - 1. Name und Vorname,
 - 2. Geburts- und Todesdatum,
 - 3. Geschlecht,
 - 4. Staatsangehörigkeit,
 - 5. Zivilstand,
 - 6. Wohnadresse/Adressänderung bei Zu-, Um- und Wegzug,
 - 7. Gemeindenummer des Bundesamtes für Statistik,
- b. medizinische Daten:
 - 1. Datum der Diagnose,
 - 2. Grundlage der Diagnose,

Minderheit Markus Schaaf, Linda Camenisch, Astrid Furrer

¹ ...

- a. Personalien:
 - 1. Name und Vorname,
 - 2. Versichertennummer nach Art. 50 c des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung, Ziff. 2 bis 7 werden zu Ziff. 3 bis 8.

**Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014**

**Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015**

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

3. Anlass der Konsultation, die zur Diagnose führte,
4. Lokalisation, Histologie, Dignität und Grading des Tumors,
5. Tumorstadium bei der Diagnose
6. Erst-Therapien nach der Diagnosestellung.

² Zwecks Erhebung und Überprüfung der Daten gemäss Abs. 1 werden Namen, Bezeichnungen und Adressen der an der Diagnosestellung und Behandlung beteiligten Personen und Institutionen gemäss § 4 Abs. 1 geführt.

Datenbekanntgabe

a. durch Personen und Institutionen des Gesundheitswesens

§ 4. ¹ Personen und Institutionen des Gesundheitswesens, namentlich Ärztinnen und Ärzte, Pathologieinstitute, medizinische Laboratorien und Spitäler, geben der Registerstelle die Daten gemäss § 3 unentgeltlich bekannt, wenn die bundesrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Die Meldepflicht gilt zusätzlich für die Daten betroffener Personen mit ausserkantonalem Wohnsitz.

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

² Ärztinnen und Ärzte, die einer betrof-
fenen Person die Krebsdiagnose mittei-
len, informieren sie vor Beginn der
Krebsbehandlung über den Zweck, die
bundesrechtlichen Voraussetzungen
und den Umfang der Datenweitergabe
an die Registerstelle.

² ...

... sie spätestens vor Beginn ...

Minderheit I Kathy Steiner, Angelo Barri-
le, Esther Guyer (in Vertretung von Kas-
par Bütikofer), Silvia Seiz

³ Die betroffene Person muss mündlich
und schriftlich informiert werden über die
Art und den Zweck des Krebsregisters,
über den Umfang der Datenerhebung
und -weitergabe, über den Schutz der
Daten sowie über die Rechte der betrof-
fenen Person.

⁴ Sofern das Bundesrecht nichts anderes
vorsieht, werden die Daten erst regi-
striert, wenn die betroffene Person nach
hinreichender Information nicht wider-
sprochen hat. Die betroffene Person
kann jederzeit und ohne Begründung
Widerspruch erheben.

Minderheit II Astrid Furrer, Linda Ca-
menisch, Eva Gutmann, Lorenz Schmid

³ Die Daten werden erst registriert, wenn
die Patientin oder der Patient bezie-
hungsweise die zur Vertretung berech-
tigte Person nach Information gemäss
Abs. 2 die Einwilligung gegeben hat.

⁴ Die Patientin oder der Patient bezie-
hungsweise die zur Vertretung berech-
tigte Person kann jederzeit und ohne
Begründung die Einwilligung zurückzie-
hen. Die Daten werden unverzüglich an
den bereits registrierten Stellen ge-
löscht.

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Minderheit I Kathy Steiner, Angelo Barri-
le, Esther Guyer (in Vertretung von Kas-
par Bütikofer), Silvia Seiz

⁵ Die Krebsregisterstelle unterstützt die
betroffene Person in ihren Rechten be-
züglich Datenschutz und Widerspruch.
Die betroffene Person kann Auskunft
über die sie betreffenden Daten verlan-
gen. Eine Einschränkung des Auskunfts-
recht ist nicht zulässig.

⁶ ...

Minderheit II Astrid Furrer, Linda Ca-
menisch, Eva Gutmann, Lorenz Schmid

⁵ ...

³ Erfährt eine Person oder Institution ge-
mäss Abs. 1, dass die bundesrechtli-
chen Voraussetzungen zur Datenwei-
tergabe nicht oder nicht mehr erfüllt
sind, informiert sie

- a. die übrigen an der Diagnosestel-
lung und Behandlung beteiligten
Personen und Institutionen gemäss
Abs.1, soweit sie ihr bekannt sind,
- b. die Registerstelle, wenn dieser
bereits Daten weitergegeben wor-
den sind.

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015
Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten
Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

b. durch die Gemeinden

*§ 5. ¹ Die Gemeinden geben der Re-
gisterstelle zur Überprüfung und Ergän-
zung der gemäss § 4 Abs. 1 übermittel-
ten Daten jährlich unentgeltlich die Per-
sonalien gemäss § 3 Abs. 1 lit. a aller
Personen bekannt, die im vorangegan-
genen Jahr in der Gemeinde wohnhaft
waren.

² Sie können der Registerstelle dazu
den direkten elektronischen Zugriff auf
die Daten des Einwohnerregisters ge-
währen.

³ Sie beschränken die Zahl der zugriffs-
berechtigten Personen gemäss Abs. 2
und sorgen für den Schutz des Zugriffs
sowie dessen Protokollierung.

⁴ Anfragen der Registerstelle bei den
Gemeinden bezüglich einzelner Perso-
nen sind nicht erlaubt.

**Tritt dieses Gesetz gleichzeitig oder
nach dem Gesetz über das Meldewesen
und die Einwohnerregister in Kraft,
lautet § 5 wie folgt:*

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015
Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten
Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

***b. Datenbezug aus der kantonalen
Einwohnerdatenplattform***

*§ 5. Die Registerstelle ist berechtigt, für
die Überprüfung und Ergänzung der Da-
ten gemäss § 4 Abs. 1 die Personalien
der betroffenen Personen aus der kan-
tonalen Einwohnerdatenplattform zu
beziehen.*

c. durch andere Stellen

§ 6. Die Registerstelle kann Daten ge-
mäss § 3 bei anderen Krebsregisterstel-
len und bei Bundesbehörden beschaf-
fen, soweit diese Stellen zur Datenbe-
kanntgabe berechtigt sind.

**Datenbearbeitung durch die Regis-
terstelle**

**a. Daten von betroffenen Personen
mit Wohnsitz im Kanton**

§ 7. ¹ Die Registerstelle überprüft und
ergänzt die registrierten Daten von be-
troffenen Personen mit Wohnsitz im
Kanton und wertet sie regelmässig
aus.

² Sie löscht oder vernichtet nicht anony-
misierte Daten zehn Jahre nach dem

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Tod einer im Krebsregister geführten
Person.

³ Sie darf anonymisierte Daten weiterhin
bearbeiten, soweit diese für Zwecke ge-
mäss § 1 Abs. 2 benötigt werden.

b. Daten von betroffenen Personen mit ausserkantonalem Wohnsitz

§ 8. ¹ Bei betroffenen Personen mit
ausserkantonalem Wohnsitz leitet die
Registerstelle die gemeldeten Daten an
die am Wohnort dieser Personen zu-
ständige Registerstelle weiter.

² Führt der Wohnsitzkanton kein Krebs-
register, werden die Daten unverzüglich
gelöscht oder vernichtet.

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

c. Datenweitergabe und Veröffentlichung

§ 9. ¹ Die Registerstelle gibt nicht anonymisierte Daten betroffener Personen nur an Dritte weiter, wenn die bundesrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

² Sie stellt sicher, dass aufgrund ihrer Veröffentlichungen keine Rückschlüsse auf die Identität der betroffenen Personen möglich sind.

Datensicherheit

§ 10. ¹ Die Registerstelle sorgt durch angemessene technische und organisatorische Massnahmen für den Schutz der Daten des Krebsregisters.

² Sie protokolliert Zugriffe auf die nicht anonymisierten Daten der elektronischen Datenbank und bewahrt die Protokolle während zehn Jahren auf.

Antrag des Regierungsrates
vom 27. August 2014

Antrag der Kommission für soziale Si-
cherheit und Gesundheit
vom 5. Mai 2015

Zustimmung zum Antrag des Regie-
rungsrates, sofern nichts anderes ver-
merkt.

Minderheiten

Zustimmung zum Antrag der Mehrheit, sofern nichts anderes vermerkt.

Information

§ 11. Die Direktion informiert die Be-
völkerung regelmässig über den Zweck
und die Voraussetzungen der Krebsre-
gistrierung sowie die Tätigkeit der Re-
gisterstelle.

II. Dieses Gesetz untersteht dem fakultati-
ven Referendum.

* Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit besteht aus folgenden Mitgliedern: Eva Gutmann, Zürich (Präsidentin); Hansruedi Bär, Zürich; Angelo Barrile, Zürich; Kaspar Bütikofer, Zürich; Linda Camenisch, Wallisellen; Ruth Frei, Wald; Astrid Furrer, Wädenswil; Willy Haderer, Unterengstringen; Walter Isliker, Zürich; Markus Schaaf, Zell; Lorenz Schmid, Männedorf; Silvia Seiz, Zürich; Kathy Steiner, Zürich; Cyrill von Planta, Zürich; Erika Ziltener, Zürich; Sekretär: Andreas Schlagmüller.